

ligten, Bürgern, Unternehmen, Vereinigungen und natürlich den Überseegebieten getroffen. Die Strukturen müssen neu organisiert werden, beispielsweise in der Gründung eines strategischen Rates der nachhaltigen Entwicklung und des Kampfes gegen den Klimawandel an der Seite des Präsidenten. Zudem ist die Gründung eines Umwethik-Komitees zur Aufklärung der Bürger und die Verbesserung der Umweltbildung in Schulen und höheren Bildungsstätten geplant.

Um eine Reduktion der Treibhausgasemissionen zu erreichen, sollen alte Gebäude besser isoliert und das öffentliche Verkehrswesen ausgebaut werden: die Bürger sollen ermutigt werden zusätzliche Fahrgemeinschaften zu bilden, die öffentlichen Verkehrsmittel oder Fahrrad zu benutzen. Es sollen Gebühren für Wasser, Elektrizität und Müll eingeführt werden und überdies soll in die Forschung investiert werden, vor allem auf europäischer Ebene, beispielsweise zur Entwicklung von Biokohlenstoff. Um diese Ziele zu erreichen soll das Steuersystem zugunsten der Ökologie verschoben und eine Umweltsteuerrückerstattung eingeführt werden. Außerdem soll auf bestimmte Energien, wie Biokohlenstoffe, eine Steuersenkung zukommen und die Preise von Bioprodukten sollen gesenkt werden.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Bewahrung der Artenvielfalt, die durch den Klimawandel bedroht ist.

Die UMP zeigt ihre Entschlossenheit auf internationalem Niveau zu agieren, mehr Schutzgebiete zu gründen und vor allem die Artenvielfalt in den Überseegebieten zu bewahren. In jedem der Überseegebiete soll ein lokaler Plan zur nachhaltigen Entwicklung auf Basis einer Gebietsanalyse ausgearbeitet werden. Zudem sollen denjenigen Gebieten, die zur Erhaltung der Artenvielfalt beitragen, die Schulden erlassen werden. Insgesamt fordert die UMP eine „ökologische Revolution“. Die wichtigste Maßnahme des Programms von Sarkozy ist die Verdoppelung der Umweltsteuern.

DIE NEUE REGIERUNG

Als Präsident Nicolas Sarkozy seine neue Regierung vorstellte, stand auch der Minister für Umwelt, nachhaltige Entwicklung und Raumplanung fest. Es handelte sich um den ehemaligen Premierminister Alain Juppé. Das zuständige Superministerium trägt den Namen „Ministerium für Ökologie, nachhaltige Entwicklung und Raumplanung“. Minister Juppé trat von diesem Posten jedoch genau einen Monat später zurück, da er bei den Parlamentswahlen kein Mandat erringen konnte. Das Ziel von Präsident Sarkozy, mit Juppé der Umweltpolitik ein prominentes Gesicht zu verleihen, war damit gescheitert. Neuer Umweltminister wurde Jean-Louis Borloo.

ITALIEN: WASSERKNAPPHEIT WIRD ZUM PROBLEM

Stefan von Kempis

1. DER DISKURS ZUM KLIMAWANDEL

Die italienische Debatte über den Klimawandel geht vor allem von den Wetterextremen aus, die das Land in den letzten Jahren ganz unmittelbar gespürt hat: Spitzentemperaturen im Sommer, Dürre, austrocknende Flüsse, Wasserknappheit und abrupte Wetterwechsel. Vor allem der heiße Sommer 2003 wird immer wieder als Beleg für einen Wandel des Klimas zum Schlechten hin genannt. Die Medien berichten auch dieses Jahr wieder ausführlich über tropische Vögel, die in römischen Parkbäumen nisten, eine verfrühte Mandelblüte auf Sizilien und die wachsenden Schwierigkeiten, die der Wassermangel (nach Italiens wärmstem Winter seit etwa zwei Jahrhunderten) für Landwirte und Unternehmer bedeutet.

Der Pegel des Flusses Po, der durch das wirtschaftlich wichtige Norditalien fließt und von vielen Fabriken und Wasserkraftwerken gesäumt ist, ist in mehreren, aufeinander folgenden Jahren der Dürre immer niedriger geworden; im April dieses Jahres lag er nun wegen ausbleibendem Schmelzwasser und frühem Einsetzen des Frühlings stellenweise sechseinhalb Meter unter dem Normalwert. Damit gelangt – und die Medien berichten ausführlich darüber – bei Flut Meerwasser ins Landesinnere, und das Kraftwerk von Porto Tolle, eines der größten von Norditalien, muss über Tanklastzüge mit Süßwasser versorgt werden. Die durchschnittliche Temperatur im April lag übrigens landesweit bei 17,2 Grad – im Vergleich zum Mittelwert 12,9 der Jahre 1970–2000.

Auch Arno und Tiber in Mittelitalien führen viel weniger Wasser als für diese Jahreszeit üblich. Die Regierung hat darum Anfang Mai den Wassernotstand für Nord- und Mittelitalien ausgerufen; damit können ohne administrative Verzögerungen Wasser sparende Maßnahmen



Der Pegelstand des Po lag im April 2007 6,5 m unter dem Normalwert.

bzw. Rationierungen verhängt werden und Geldhilfen etwa an Landwirte schneller ausgezahlt werden. Von Palazzo Chigi aus, dem römischen Amtssitz von Ministerpräsident Romano Prodi, soll ein Komitee („cabina di regia“) das Thema im Auge behalten. Für den kommenden Sommer befürchten die Behörden Stromausfälle und Missernten, Produktionsschwierigkeiten bei Unternehmen, und dass Wasserkraftwerke nur noch mit halber Kraft arbeiten können. Sie rechnen auch mit Streit um das Wasser zwischen Unternehmern und Landwirten; die Schäden, die der Landwirtschaft durch den heißen Sommer 2006 entstanden sind, sollen bis zu einer Milliarde Euro betragen haben. Norditalien ist anfälliger für Wassermangel als der Süden („Mezzogiorno“), weil seine intensive Landwirtschaft stärker auf ein ausdifferenziertes Bewässerungssystem angewiesen ist.

2. REAKTIONEN AUF DEN STERN-BERICHT SOWIE AUF DIE BEREITS VERÖFFENTLICHTEN TEILE DES IPCC-BERICHTS

Die neuesten Klima-Berichte sind bei Politikern und Medien auf großes Interesse gestoßen. In der Berichterstattung dominieren alarmierende Töne, und in Umfragen taucht der „cambio climatico“ auf einmal in der Liste der Probleme auf, die dem italienischen Bürger am meisten am Herzen liegen.

Allerdings gibt es auch in Italien vereinzelt kritische Stimmen, die den Szenarien der Klimawandel-Berichte keinen Glauben schenken wollen. So meint z.B. der Florentinische Politiker und Demographie-Professor Massimo Livi Bacci in einem Interview in der Zeitung „La Repubblica“, man solle die Fähigkeit des Menschen, sich auch extremen Umweltbedingungen anzupassen, nicht unterschätzen: „Wir haben uns schließ-

lich schon an Temperaturen zwischen -10 und +40 Grad gewöhnt und an Lebensräume, die von den Polen bis zu den trockensten Wüsten reichen.“

3. FURCHT VOR KATASTROPHALEN FOLGEN FÜR ITALIEN

Vor allem interessieren sich die Italiener dafür, was die jüngsten großen Klima-Berichte für ihr eigenes Land vorhersagen – dass nämlich Teile Italiens versteppen könnten, dass die Zahl der Hitzetoten im Sommer wohl zunehmen wird, dass es zu häufigeren Wechseln von Dürre und Überschwemmungen kommt und dass vor allem der Nordosten des Landes von einem Anstieg des Meeresspiegels betroffen wäre. Besonders alarmiert reagieren viele auf die Vermutung, dass angesichts des Klimawandels die Touristen in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts in nördlichere Regionen abwandern werden. Allerdings hat sich bisher noch keine direkte Auswirkung des Klimawandels auf den Tourismus gezeigt. Intensiv wird auch über die Frage diskutiert, ob der Klimawandel zu einem Anstieg der Zahl von Flüchtlingen aus Afrika führen wird – ein Phänomen, mit dem Italien heute schon konfrontiert ist und dessen Ausweitung viele fürchten.

Der Nationale Forschungsrat sagt für Italien einen Anstieg der Sommertemperaturen um drei bis fünf Grad sowie häufigere, abrupte Wechsel im Klima voraus; die Forschungs-Behörde für Neue Technologien, Energie und Umwelt sieht ein Drittel des Landes „von Austrocknung und Bodenverarmung bedroht“. Energie-spar-Vorsätze scheitern in Italien jedoch nicht selten an mangelnder Infrastruktur: Schlechte Wärmedämmung der Häuser, Zentralheizungen in großen Wohnhäusern, viel Wasserverlust durch veraltete Wasserleitungen.

4. WIE GEHT DIE POLITIK MIT DER PROBLEMATIK UM? WER SIND DIE AKTEURE?

Das Wirtschaftsministerium hat kürzlich eine Kommission eingerichtet, die ermitteln soll, welche Kosten sich aus dem Klimawandel für Italien ergeben und wie geeignete Gegenmaßnahmen aussehen könnten; außerdem plant die Regierung unter Ministerpräsident Prodi noch für 2007 einen nationalen Klima-Gipfel. Ministerpräsident Prodi hat im März 2007 die deutsche EU-Ratspräsidentschaft deutlich im Einsatz für verbindliche Klimaziele der Gemeinschaft und für eine Einbindung der USA unterstützt. Umweltminister Alfonso Pecorella will die von ihm geführte Partei der Grünen bis Ende 2008 zu einer „Klima-Partei“ ausbauen, die über eine (künftige) 5-Prozent-Hürde kommen soll. Häufig genannte Namen in der italienischen Klima-Debatte sind der Generaldirektor des Umweltministeriums, Corrado Clini, und der Klimaex-

perte Filippo Giorgi aus Triest, einer der wenigen italienischen Wissenschaftler, die zum IPCC gehören. Weitere wichtige Stimmen in der öffentlichen Debatte sind außerdem der nationale Umweltverband Legambiente sowie Greenpeace und WWF. Auch der Papst hat sich kürzlich zum Klimawandel geäußert und Ende April im Vatikan (unter Federführung seines Friedensrates) eine Konferenz mit 80 Experten aus 20 Ländern zum Thema Klimawandel ausgerichtet.

Einen umfassenden Energieplan für die Zukunft hat Italien noch nicht; so genannte „saubere“ Energien kommen in Italien derzeit nur auf einen Anteil von ca. 2,5 Prozent. Der frühere Strommonopolist „ENEL“ investiert aber bis 2011 vier Milliarden Euro in Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien – eine Summe, die in etwa den Investitionen von „General Electric“ (USA) auf diesem Gebiet entspricht. Ein erstes ENEL-Projekt sieht auf den Äolischen Inseln vor Sizilien Biodiesel-, Photovoltaik- und kleinere Wind-Anlagen vor, um dort den CO₂-Ausstoß um 70 Prozent zu reduzieren.

5. NEUESTE ENTWICKLUNG: DEBATTE ÜBER KYOTO

Eine eingehende Diskussion hat sich im Frühjahr 2007 um die Verpflichtungen entwickelt, die sich aus dem Kyoto-Protokoll für Italien ergeben; dem Land drohen Strafzahlungen, wenn es den Ausstoß von Treibhausgasen nicht im versprochenen Maß reduziert. Die Minister Pierluigi Bersani (Wirtschaftliche Entwicklung) und Alfonso Pecoraro Scanio (Umwelt) hatten im Dezem-

ber 2006 einen Kyoto-Aktionsplan 2008–2012 vorgestellt, der den jährlichen CO₂-Ausstoß auf 209 Millionen Tonnen begrenzt; die EU will dem Land hingegen nur eine Obergrenze von 195,8 Millionen Tonnen zugestehen, das bedeutet eine Reduktion der italienischen CO₂-Emissionen um 6,3 Prozent. Der Wirtschaftsstaatssekretär Paolo Cento (Grüne) beziffert die finanzielle Last, die italienischen Unternehmen dadurch entsteht, auf ca. 600 Millionen Euro pro Jahr, und sollte es Italien nicht gelingen, seinen Verpflichtungen nachzukommen, könnte die Summe wegen der dann fälligen Strafzahlungen an die EU sogar auf ca. 3,5 Milliarden Euro steigen.

Von den Plänen sind etwa 1.200 Unternehmen in Italien betroffen, vor allem die Mineralöl-, Gas- und Kohle-Industrie. Der Industrieverband „Confindustria“ reagiert empört auf die Äußerungen der Grünen und auf das „Brüsseler Diktat“: „So schadet man der Wirtschaft und legt dem Wirtschaftswachstum Fesseln an.“ Und auch Bersani widerspricht seinem Kabinettskollegen aus dem Umweltressort: „Wir wollen den Kohle-Sektor nicht bestrafen, er ist auch mit den EU-Änderungswünschen am italienischen Anti-Emissionsplan vereinbar.“ Italien könne durchaus einen rund 10 Prozent hohen Kohle-Anteil am Energiemix behalten, wenn man in Rechnung stelle, dass der Mittelwert für den Kohle-Anteil in Europa (die östlichen EU-Staaten mitgerechnet) bei ca. 30 Prozent liege. Überhaupt findet Bersani es „ungerecht, dass ein italienisches Unternehmen, das weniger die Luft verschmutzt als das Unternehmen in einem anderen EU-Land, dennoch vergleichsweise mehr bezahlen muss.“

SPANIEN: ERNTEAUSFÄLLE DURCH KLIMAWANDEL

Michael Däumer | Adriaan Kühn

1. DISKURS IN SPANIEN ZUM KLIMAWANDEL

Das Thema Klimawandel, wie Umweltpolitik im Allgemeinen, stellt eine neuere Erscheinung in der spanischen Politik dar. Das spanische Umweltministerium räumt ein, in den 1990er Jahren „zu wenig“ im Bereich Klimawandel unternommen zu haben. Ökologische Themen spielten auf der politischen Agenda der Regierung und der Parteien lange Zeit eine untergeordnete Rolle. Eine auf ökologische Themen konzentrierte Partei gibt es in Spanien nicht. Bei den „Grünen“ handelt es sich überwiegend um Postkommunisten.

Nach Ratifizierung des Kyoto-Protokolls und der Veröffentlichung des Berichts von Sir Nicholas Stern sowie des dritten Teils des IPCC-Reports stellten verschiedene staatliche Stellen Maßnahmenkataloge mit dem Ziel vor, die spanischen Treibhausgasemissionen zu verringern. Mehrere im Umweltbereich tätige NROs lancierten zu dieser Zeit zudem Kampagnen, um die Thematik in der Bevölkerung präsent zu machen.

Einer breiteren Öffentlichkeit wurde das Thema aber erst mit dem Besuch des ehemaligen amerikanischen Vizepräsidenten Al Gore im Februar 2007 in Madrid und der Premiere seines Films „Eine unbequeme Wahrheit“, der die Folgen der globalen Erderwärmung beschreibt, zugänglich. In diesem Monat gingen auch